

#VisionJungesBW

Zukunft für junge Menschen in Baden-Württemberg

Freiräume, Jugendkultur und Vielfalt

- Wie stellen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg sicher, dass junge Menschen überall im Land Zugang zu sicheren, inklusiven und kommerzfreien Räumen für Begegnung, Kreativität und Freizeit haben?

Junge Menschen brauchen Freiräume, um sich zu entfalten, Gemeinschaft zu erleben und Demokratie praktisch zu erfahren. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass alle Jugendlichen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land Zugang zu sicheren, inklusiven und kommerz- und konsumfreien Räumen haben. Dazu zählen Jugendhäuser, selbstverwaltete Zentren, Jugendverbandsräume sowie die Mobile- und die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wir stärken diese Räume durch verlässliche Landesförderung, Investitionen in Jugendbildungs-, Freizeit- und Übernachtungsstätten und sichern ihre Infrastruktur gegen Verdrängung oder Sparzwänge.

Unser Ziel ist es, Freiräume als Orte der kulturellen Entfaltung, Begegnung und Demokratiebildung zu erhalten. Die Landespolitik unterstützt Kommunen gezielt beim Ausbau neuer Einrichtungen und der Sanierung bestehender Angebote. Jugendverbände und Fachkräfte werden in Planung und Umsetzung eingebunden, damit Angebote vor Ort den Bedürfnissen junger Menschen entsprechen. Mit dem Masterplan Jugend als strategischem Rahmen verankern wir diese Förderung langfristig und nachhaltig.

- Mit welchen Maßnahmen stärken die GRÜNEN eine vielfältige, selbstorganisierte und lebendige Jugendkultur?

Die Grünen stärken eine vielfältige, selbstorganisierte und lebendige Jugendkultur, indem sie Jugendverbände, Jugendhäuser und selbstverwaltete Zentren als zentrale Orte der Kreativität und Mitbestimmung fördern. Kulturelle und künstlerische Projekte werden durch verlässliche Landesförderung, Projektmittel und Unterstützung in der Infrastruktur gesichert. Auch die Mobile- und die Offene Kinder- und Jugendarbeit werden gestärkt, um Jugendliche in allen Regionen zu erreichen. Vielfalt, Subkulturen, queere Jugendkultur, migrantische Selbstorganisation und inklusive Angebote gehören für uns selbstverständlich dazu.

Wir setzen auf verbindliche Beteiligung von jungen Menschen bei der Gestaltung von Angeboten und Freiräumen, fördern kulturelle Vielfalt, inklusive Aktivitäten und demokratische Bildungsformate. Mit dem Masterplan Jugend schaffen wir langfristige Planungssicherheit und sichern Räume, in denen Jugendliche ihre Kultur selbst gestalten und ausprobieren können.

Jugend beteiligen - verbindlich und auf Augenhöhe

- Wie gestalten die GRÜNEN Baden-Württemberg eine wirksame, ernsthafte und transparente Jugendbeteiligung auf Landesebene, die junge Menschen real an Entscheidungen beteiligt?

Jugendpolitik ist für uns Grüne Demokratiepolitik. Junge Menschen müssen wirklichen Einfluss auf politische Entscheidungen haben: nicht symbolisch, sondern verbindlich. Deshalb setzen wir auf feste Beteiligungsstrukturen auf Landesebene. Mit dem Landesjugendbeirat haben wir ein dauerhaftes Gremium etabliert, das weiterentwickelt werden soll: Die Landesregierung soll verpflichtet werden, Vorschläge zu prüfen und öffentlich zu beantworten.

Darüber hinaus wollen wir neue Beteiligungsformate nach dem Vorbild von Bürgerräten für junge Menschen schaffen und ein jugendgerechtes Beteiligungsportal aufbauen verständlich, digital, barrierearm und niedrigschwellig. Beteiligung muss früh beginnen, deshalb stehen wir weiterhin klar für Wahlrechtab 16 auf allen Ebenen.

Gesetzgebungsverfahren, die Kinder und Jugendliche betreffen, sollen künftig systematisch Praxis-Checks und ergänzende Beteiligungsformate enthalten. So stellen wir sicher, dass politische Entscheidungen die Lebensrealitäten junger Menschen widerspiegeln und junge Menschen echte Selbstwirksamkeit erfahren. Die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung unterstützen und stärken wir dauerhaft. Pilotprojekte wie Jugendräte in Landkreisen wollen wir verstetigen und landesweit etablieren.

- Wie sorgen die GRÜNEN für eine konsequente und wirksame Umsetzung des Beteiligungsparagraphen (§ 41a GemO) in allen Kommunen?

Der Beteiligungsparagraph § 41a GemO ist ein starkes Instrument, entscheidend ist seine konsequente Umsetzung. Wir Grüne setzen deshalb auf Unterstützung, Qualifizierung und Verbindlichkeit. Kommunen sollen Beratung und Praxiswissen erhalten, um Beteiligung wirksam umzusetzen. Die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung unterstützen und stärken wir deshalb dauerhaft.

Zugleich fördern wir kommunale Beteiligungsprozesse, Jugendforen, Jugendräte und Modellprojekte, damit Beteiligung nicht vom Engagement einzelner abhängt. Das Pilotprojekt zu Jugendräten in den Landkreisen wollen wir verstetigen und landesweit etablieren.

Unser Anspruch ist klar: Jugendbeteiligung darf kein „Kann-Angebot“ bleiben, sondern muss Teil guter kommunaler Praxis werden. Beteiligung auf Augenhöhe stärkt Demokratie, verbessert Entscheidungen und erhöht die Akzeptanz politischer Prozesse. Davon profitieren Kommunen und junge Menschen gleichermaßen.

Klimafreundliche und bezahlbare Mobilität

- Wie setzen sich die GRÜNEN Baden-Württemberg dafür ein, dass junge Menschen klimafreundlich, selbstbestimmt und unabhängig vom Wohnort mobil sein können?

Mobilität ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche, kulturelle und berufliche Teilhabe. Sie verbindet Menschen mit Orten, mit Chancen, mit Alltag und trägt dazu bei, soziale Ungleichheiten abzubauen. Kinder und Jugendliche sind besonders auf bezahlbare und umfassend barrierefreie Mobilitätsangebote angewiesen.

Junge Menschen legen einen großen Teil ihrer Wege selbstaktiv zu Fuß oder auf dem Fahrrad zurück. Zu Fuß gehen und Radfahren ist gesund und klimafreundlich, erzeugt weder Lärm noch Schadstoffe, braucht kaum Platz, ist preisgünstig und innerorts unübertroffen schnell. Und mit der zunehmenden Verbreitung von Pedelecs sind sogar längere Distanzen oder Steigungen überhaupt kein Problem mehr.

Wir haben die Infrastruktur für den Radverkehr massiv ausgebaut, wodurch das Fahrrad als schnelles und umweltfreundliches Verkehrsmittel gestärkt wird. Durch eine aktive Fußverkehrsförderung sind alltägliche Wege für viele Menschen barrierefreier, leichter und sicherer zu Fuß möglich als zuvor. Diese Politik wollen wir konsequent fortführen und die Förderung des Fuß- und Radverkehrs weiter ausbauen.

Für alle Wege, die nicht selbstaktiv zurückgelegt werden können, ist ein leistungsfähiges Angebot im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine der grundlegenden Voraussetzungen für Teilhabe, Selbstbestimmung und Lebensqualität. Die Mobilitätsgarantie im ÖPNV in Baden-Württemberg ist unser zentrales Ziel. Bis 2030 soll in ländlichen Räumen mindestens alle 30 Minuten ein öffentliches Verkehrsmittel fahren - sei es Linienverkehr oder flexibler On-Demand-Verkehr. In Ballungsräumen soll der 15-Minuten-Takt gelten. Wie etwa in der Schweiz oder in der Region Vorarlberg gilt dann die Garantie für junge Menschen, dass sie ganztägig per Bus, Shuttle oder Bahn mobil sein können.

- **Wie sichern die GRÜNEN den dauerhaften Erhalt und die Preisstabilität des D-Ticket Jugend BW?**

Wer seine Wege nicht zu Fuß oder mit Fahrrad zurücklegen kann, steigt am besten in Bus und Bahn. Mit dem „D-Ticket JugendBW“ hat das Land einen preisgünstigen Tarif für Kinder und Jugendliche geschaffen und damit Familien deutlich entlastet. Dabei deckt das D-Ticket JugendBW nicht nur den Weg zur Schule, Universität oder Ausbildung ab, sondern ermöglicht weit darüber hinaus einfache und günstige Mobilität auch in der Freizeit und im Urlaub. Endlich ist Schluss mit dem Tarifdschungel und zwar deutschlandweit! In den Sommerferien gilt das sogar über Landesgrenzen hinweg, z.B. nach Straßburg und Paris. Damit ist das Ticket mehr als ein Produkt: Es ist ein politisches Freiheitsversprechen an junge Menschen, unabhängig von Wohnort oder Geldbeutel mobil zu sein!

Mit dem D-Ticket Jugend BW haben wir hunderttausenden junger Menschen bezahlbare, öffentliche Mobilität ermöglicht. Und das nicht nur für Baden-Württemberg, sondern inzwischen für ganz Deutschland. Seit seiner Einführung im Dezember 2023 wurde das Ticket bereits über 1,5 Millionen Mal verkauft! Umfragen zeigen, dass 90 Prozent aller Nutzenden das Ticket als echte finanzielle Entlastung empfinden. Das Land bezuschusst das Ticket mit mehr als 110 Millionen Euro pro Jahr.

Ganztag gemeinsam und vielfältig gestalten

- Wie sorgen die GRÜNEN Baden-Württemberg dafür, dass Jugendverbände und Jugendringe als starke Bildungspartner verbindlich in die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztag eingebunden und bedarfsgerecht finanziert werden?

Die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab dem Schuljahr 2026/27 eröffnet neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischen Partnern. Ganztagschulen sollen Orte sein, an denen Kinder nicht nur lernen, sondern auch musizieren, Sport treiben, Kultur erfahren und Gemeinschaft erleben. Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen als verbindende Orte in unserer Gesellschaft sich räumlich in das umliegende Quartier öffnen. Außerschulische Partner tragen mit Bildungs- und Freizeitangeboten maßgeblich zur ganzheitlichen Gestaltung des Angebots bei. Die Zusammenarbeit sollte idealerweise im pädagogischen Konzept der Schule verankert sein. Zur Einbindung von außerschulischen Bildungspartnern können Ganztagschulen ab dem Schuljahr 2025/26 bis zu 70 % der zusätzlichen Lehrerwochenstunden monetarisieren, also mit dem Gegenwert von Lehrkräftestellen Ganztagsangebote externer Partner finanzieren.

Damit Vereine und Verbände auch selbst von einer Kooperation profitieren, sind eine verlässliche Vergütung, klare organisatorische Rahmenbedingungen und eine unbürokratische Koordination, die die Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt, unerlässlich. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, die Vernetzung zwischen Schulen und außerschulischen Partnern zu stärken, damit diese mit ihren ehrenamtlichen Strukturen am Ganztagsbetrieb teilhaben und dort dauerhaft verankert werden können. Dabei ist es wichtig, bürokratische Hürden abzubauen und die Kooperationen zwischen Land und Kommunen zu verbessern, damit Vereine und Verbände ihre Arbeit leichter leisten können.

Durch gezielte Fortbildungs- und Vernetzungsbemühungen wollen wir die Motivation der Ehrenamtlichen fördern und ihre Arbeit nachhaltig unterstützen.

Der Rechtsanspruch wird bis auf vier Wochen Schließzeit im Jahr auch in den Schulferien gelten. Bestens etablierte Angebote der Jugendverbände und Jugendringe wie beispielsweise Zeltlager und Freizeiten sollen in der Ferienzeit rechtsanspruchserfüllend sein - dafür setzen wir uns ein. Dies soll auch für Angebote gelten, die nicht am Wohnort stattfinden.

Wir Grüne stehen für eine ganztägige Bildung, die auf Vielfalt, Teilhabe und gelingende Kooperation baut - mit starken Partnern aus der Zivilgesellschaft. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen, kann das wertvolle ehrenamtliche Engagement erhalten und weiterentwickelt werden.

Mentale Gesundheit und Prävention stärken

- Welche konkreten Maßnahmen ergreifen die GRÜNEN Baden-Württemberg zur Förderung der psychischen Gesundheit junger Menschen und zum Ausbau niedrigschwelliger Unterstützungsangebote?

Für uns GRÜNEN ist die psychische Gesundheit junger Menschen ein zentrales Zukunftsthema. Sie wird als integraler Bestandteil von Gesundheits- und Sozialpolitik anerkannt, und Prävention setzen wir frühzeitig an. Dazu gehört der Ausbau psychosozialer Beratungsstrukturen, individuelle Unterstützung und der Abbau von Zugangsbarrieren zu

Therapie- und Unterstützungsangeboten. Gemeinsam mit der grün geführten Landesregierung wurden zusätzliche Plätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie geschaffen. Für 2025/26 sind erhebliche Landesmittel, rund 80 Millionen Euro, für die psychiatrische Versorgung an Unikliniken vorgesehen, um die fachliche Versorgung insbesondere bei Belastungen durch Pandemie, soziale Ungleichheit oder familiäre Krisen zu stärken.

Frühzeitige Prävention ist uns besonders wichtig: Schulsozialarbeit, Mobile Jugendarbeit und psychosoziale Beratungsstellen werden gestärkt, um junge Menschen bereits vor der Eskalation von Problemen zu erreichen. Diese Angebote bauen Vertrauen auf, reduzieren Stigmatisierung und eröffnen Zugänge zu weiterführender Hilfe. Außerdem soll psychosoziale Expertise an Schulen ausgebaut werden, etwa durch mehr Schulpsycholog*innen und Präventionsprogramme, die Lebenskompetenzen und Resilienz fördern, sodass Belastungen früh erkannt und adressiert werden können.

Zusätzlich wollen wir zentrale Anlaufstellen für junge Menschen in psychischer Not etablieren und Strategien gegen Einsamkeit entwickeln. Diese Angebote sollen Orientierung, Beratung und Unterstützung bieten, sowohl vor Ort als auch digital oder über Peer-to-Peer-Ansätze.

Insgesamt verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz, der Gesundheitsversorgung, Sozialarbeit und Jugendhilfe miteinander verzahnt. Ziel ist es, psychische Gesundheit nicht nur zu behandeln, sondern von Anfang an zu stärken und jungen Menschen die nötige Unterstützung und Sicherheit für ihre persönliche Entwicklung zu geben.

- **Wie stellen sich die GRÜNEN gegen Kürzungen bei Präventions-, Beratungs- und Interventionsangeboten auf kommunaler Ebene?**

Die GRÜNEN Baden-Württemberg stellen sich klar gegen Kürzungen bei Präventions-, Beratungs- und Interventionsangeboten auf kommunaler Ebene. Diese Angebote sind kein freiwilliger Zusatz, sondern ein zentraler Bestandteil der sozialen Infrastruktur und unverzichtbar für den Schutz, die Stabilisierung und die Entwicklung junger Menschen. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich, dass frühzeitige Prävention und verlässliche Beratung langfristig Kosten im Gesundheits- und Sozialsystem sparen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Deshalb setzen wir uns für stabile und langfristig gesicherte Förderstrukturen ein, insbesondere für Schulsozialarbeit, Mobile Jugendarbeit und psychosoziale Beratungsangebote. Träger und Kommunen müssen Planungssicherheit haben, damit Fachkräfte gehalten und bedarfsgerechte Angebote dauerhaft vorgehalten werden können. Das Land soll Kommunen gezielt über landesweite, zweckgebundene Förderprogramme unterstützen insbesondere bei Schulsozialarbeit, Mobiler- und Offener Jugendarbeit sowie psychosozialen Beratungs- und Präventionsangeboten. So wird sichergestellt, dass Prävention verlässlich finanziert ist und nicht von der jeweiligen kommunalen Haushaltslage abhängt.

Unser Ansatz ist dabei ganzheitlich und lebensnah: Präventions- und Unterstützungsangebote müssen dort erreichbar sein, wo junge Menschen ihren Alltag verbringen: in Schulen, im Freizeit- und Ehrenamtsbereich, in der offenen Jugendarbeit und zunehmend auch digital. Niedrigschwellige Zugänge, unbürokratische Verfahren und

vertrauensvolle Anlaufstellen sorgen dafür, dass Belastungen früh erkannt und Hilfen rechtzeitig wirksam werden.

Für uns GRÜNE ist klar: Wer an Prävention spart, zahlt später einen hohen Preis, sozial, gesundheitlich und gesellschaftlich. Deshalb kämpfen wir für den dauerhaften Erhalt und die Weiterentwicklung dieser Angebote und für eine Politik, die Verantwortung übernimmt, bevor Krisen eskalieren.

Freiwilligendienste stärken - freiwillig, solidarisch, gerecht

- Wie wollen die GRÜNEN Baden-Württemberg Freiwilligendienste ausbauen, aufwerten und sozial gerecht gestalten?

Die GRÜNEN Baden-Württemberg verstehen Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) als wichtige Bildungs- und Orientierungsphasen, die gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung stärken.

Für uns ist zentral, dass Freiwilligendienste freiwillig bleiben und allen jungen Menschen offenstehen, unabhängig vom Einkommen der Eltern oder der eigenen Lebenssituation. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Freiwilligendienste auszubauen, sichtbarer zu machen und sozial gerechter auszugestalten. Dazu gehört, die Pro-Kopf-Förderung für Träger regelmäßig zu evaluieren und anzupassen, um Qualität und Planungssicherheit zu gewährleisten. Landesweite Informations- und Werbekampagnen sollen mehr junge Menschen für einen Freiwilligendienst gewinnen. Gleichzeitig wollen wir finanzielle Hürden abbauen, etwa durch Unterstützung für Freiwillige, die für ihren Dienst aus dem Elternhaus ausziehen müssen, sowie durch die gezielte Förderung von Einsatzstellen, die Wohnraum zur Verfügung stellen. Ziel ist ein System, in dem Engagement anerkannt wird und nicht an finanziellen oder organisatorischen Barrieren scheitert.

- Welche konkreten Maßnahmen planen die GRÜNEN zur Stärkung von Trägern, Einsatzstellen und Strukturen sowie zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Freiwilligendienstleistende (z. B. Vergütung, Anerkennung, soziale Absicherung)?

Um Träger, Einsatzstellen und Strukturen dauerhaft zu stärken, setzen die GRÜNEN auf verlässliche Finanzierung, Entbürokratisierung und fachliche Unterstützung.

Förderstrukturen sollen so gestaltet werden, dass Träger langfristig planen können und nicht von kurzfristigen Projektmitteln abhängig sind. Gleichzeitig wollen wir Antrags- und Abrechnungsverfahren vereinfachen, damit mehr Zeit für pädagogische Begleitung und Qualität bleibt.

Vernetzungs- und Qualifizierungsangebote sollen den Austausch guter Praxis fördern und die pädagogische Qualität der Freiwilligendienste weiterentwickeln.

Für Freiwilligendienstleistende streben wir verbesserte Rahmenbedingungen an, darunter eine angemessene Vergütung, eine bessere soziale Absicherung sowie die stärkere Anerkennung der Dienstzeiten in Ausbildung, Studium und Beruf. So wollen wir Freiwilligendienste als verlässliche, attraktive und sozial gerechte Engagement- und Bildungschance weiterentwickeln.

Ehrenamt entlasten und anerkennen

- Wie unterstützen die GRÜNEN Baden-Württemberg junge Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, nachhaltig und wirksam?

Für die GRÜNEN Baden-Württemberg ist das Ehrenamt ein zentraler Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts, gerade für junge Menschen, die Verantwortung übernehmen, Demokratie praktisch erleben und Gemeinschaft gestalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, junges ehrenamtliches Engagement nachhaltig zu unterstützen und wirksam anzuerkennen. Ein wichtiger Baustein ist die Ehrenamtskarte, die landesweit eingeführt wurde und schrittweise ausgebaut wird. Sie schafft niedrigschwellige Anerkennung und macht Engagement sichtbar.

Ergänzend fördern wir gezielt Projekte und Programme, die junge Menschen an ehrenamtliches Engagement heranführen und bestehende Strukturen stärken, etwa im Rahmen der Engagementsstrategie Baden-Württemberg. Dazu gehören Qualifizierungsangebote für junge Engagierte, Modellprojekte zur Nachwuchsgewinnung in Vereinen und Verbänden sowie Unterstützungsangebote für Jugendinitiativen, Jugendverbände und selbstorganisierte Projekte. Auch Instrumente wie der Engagementnachweis Baden-Württemberg, der im Bewerbungs- oder Bildungsweg genutzt werden kann, tragen dazu bei, Engagement sichtbar und anerkannt zu machen.

Aus Grüner Sicht braucht Ehrenamt neben ideeller Wertschätzung auch konkrete, alltagstaugliche Vorteile, damit sich junge Menschen langfristig engagieren können. Dazu zählen insbesondere Vergünstigungen im Bereich Mobilität (z. B. Rabatte im ÖPNV oder bei Sharing-Angeboten), Kultur und Freizeit (ermäßigte Eintritte, Veranstaltungen) sowie perspektivisch digitale und administrative Erleichterungen. Diese Maßnahmen entlasten junge Engagierte ganz konkret im Alltag. Vergünstigungen bei Mobilität, Kultur oder Freizeit senken Zeit- und Kostenaufwand und machen es leichter, Wege zu Sitzungen, Projekten oder Schulungen mit Schule, Ausbildung, Studium oder Arbeit zu verbinden. Digitale und vereinfachte Verfahren reduzieren Bürokratie und sparen Zeit, die sonst für Anträge oder Abrechnungen verloren geht. So bleibt mehr Raum für das eigentliche Engagement - ohne dass andere Verpflichtungen darunter leiden.

- Wie wollen die GRÜNEN die Ehrenamtskarte/Juleica weiterentwickeln und mit attraktiven, landesweit gültigen Vorteilen stärken?

Die Ehrenamtskarte und die Juleica wollen die GRÜNEN gezielt weiterentwickeln und enger miteinander verzahnen. Unser Ziel ist eine flächendeckende, jugendfreundliche Lösung, die unabhängig vom Wohnort beantragt werden kann. Ehrenamtskarte und Juleica sollen landesweit gültige Vorteile bieten, insbesondere in den Bereichen Mobilität, Kultur und Freizeit. Juleica-Inhaber*innen sollen zusätzliche Anerkennung und praktische Erleichterungen erhalten, etwa durch Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr oder bei Freizeitangeboten. Regionale Partner und Angebote vor Ort sollen eingebunden werden, um Ehrenamt sichtbar zu machen und lokale Wertschätzung zu stärken. So wird Engagement nicht nur symbolisch gewürdigt, sondern im Alltag konkret unterstützt.

- Für welche konkreten Maßnahmen zum Bürokratieabbau setzen sich die GRÜNEN ein, damit junge Ehrenamtliche mehr Zeit für Engagement statt für Verwaltung haben?

Ein zentrales Anliegen der GRÜNEN ist außerdem der Abbau von Bürokratie im Ehrenamt. Junge Menschen sollen ihre Zeit für Projekte, Menschen und Ideen einsetzen können, nicht für Formulare. Deshalb setzen wir uns für vereinfachte und verständliche Antrags- und Abrechnungsverfahren ein, etwa bei Fördermitteln. Digitale Prozesse, klare Zuständigkeiten und transparente Verfahren sollen den Aufwand deutlich reduzieren. Ergänzend wollen wir Beratung und Unterstützung ausbauen, zum Beispiel durch feste Ehrenamtsansprechpartner*innen in Stadt- und Landkreisen. Bürokratieabbau und eine Kultur der Anerkennung gehen für uns Hand in Hand, damit ehrenamtliches Engagement für junge Menschen attraktiv, machbar und wertgeschätzt bleibt.

Kurz gefasst: Die Grünen setzen auf vereinfachte digitale Verfahren, klare Zuständigkeiten und kommunale Beratung, damit junge Ehrenamtliche mehr Zeit für ihr Engagement statt für Verwaltung haben.

Klimaschutz - generationengerecht und konsequent

- Welche konkreten Schritte schlagen die GRÜNEN Baden-Württemberg für einen ambitionierten, sozial und generationengerechten Klimaschutz vor?

Ganz konkret schlagen wir eine Klimamilliarde für die Kommunen vor: Es ist vorgesehen, dass Kommunen im Land regelmäßig Geld für den Klimaschutz bekommen, und zwar über die Verankerung der „Klimamilliarde“ im Land. Diese soll über zehn Jahre hinweg jährlich an Stadt- und Landkreise fließen, damit sie diese Mittel für Klimaschutz oder die Anpassung an den Klimawandel verwenden können.

Weitere konkrete Punkte in unserem Wahlprogramm sind:

- Klimaneutralität Baden-Württembergs bis 2040 bei gleichzeitigem klarem Bekenntnis zum 1,5-Grad-Ziel
- Verbindliches Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz mit Sektorenzielen für 2035 und 2040, die alle Ressorts verpflichten, konkrete Maßnahmen zu entwickeln
- Klimaschutz als Querschnittsaufgabe im Landesentwicklungsplan
- Starker Fokus auf Emissionsvermeidung, Energieeinsparung und Effizienz; CCS/CCU nur bei nachweislich unvermeidbaren Emissionen als letztes Mittel

Dabei ist uns auch eine Klimasoziale Ausrichtung wichtig: Investitionen in Klimaschutz wollen wir explizit mit sozialer Gerechtigkeit verbinden, z. B. durch:

- Förderprogramme für energetische Sanierung von sozialem Wohnraum

- Hitzeeschutzmaßnahmen für besonders betroffene Bevölkerungsgruppen
- Forderung nach einem bundesweiten Klimageld

• Wie stehen die GRÜNEN zu einem Sofortprogramm, um die Klimaziele bis 2040 verlässlich zu erreichen?

Tatsächlich braucht es aus unserer Sicht ein Bündel von rasch wirkenden Maßnahmen, um das Land auf den „Zielerreichungspfad“ zu bekommen. Im Falle einer Regierungsbeteiligung werden wir darauf dringen, dass die in unserem Klimaschutzgesetz festgelegte Dynamik und sämtliche Werkzeuge (Projektionsbericht, bei Zielverfehlung: innerhalb von vier Monaten nach Beschlussfassung erforderliche Maßnahmen, Einbeziehung des Klima-Sachverständigenrates) auch verbindlich eingehalten werden.

Starke Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit

• Setzen sich die GRÜNEN Baden-Württemberg für einen verbindlichen Bündnisschutz der Kinder- und Jugendarbeit in der Legislatur 2026-2031 ein?

Wir setzen uns klar für einen verbindlichen Bündnisschutz der Kinder- und Jugendarbeit in der Legislatur 2026-2031 ein. Wir bekennen uns zur Fortführung des Masterplans Jugend und arbeiten gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partner*innen daran, die langfristigen Ziele der Kinder- und Jugendarbeit verlässlich abzusichern. Das umfasst die dauerhafte Sicherung bestehender Strukturen, eine verlässliche Finanzierung sowie die langfristige Planung und Unterstützung von Programmen wie Jugendverbandsarbeit, Freiwilligendiensten und anderen Initiativen, die jungen Menschen Freiräume, Teilhabe und politische Bildung ermöglichen.

• Wie stellen die GRÜNEN die zivilgesellschaftliche Stellung von Jugendverbänden und Jugendringen als Interessensvertretung junger Menschen und Werkstätten der Demokratie sicher?

Jugendverbände und Jugendringe sind zentrale Interessenvertretungen junger Menschen und Werkstätten demokratischer Bildung. Die GRÜNEN setzen sich für ihre finanzielle, rechtliche und strukturelle Stärkung ein, etwa durch institutionelle Förderung, Beteiligung in politischen Prozessen und Unterstützung bei der Digitalisierung und Professionalisierung.

• Welche Maßnahmen planen die GRÜNEN zum Erhalt, zur Sanierung und zur klimagerechten Modernisierung gemeinnütziger Jugendbildungs-, Freizeit- und Übernachtungsstätten?

Der Erhalt und die Sanierung und klimagerechte Modernisierung gemeinnütziger Jugendbildungs-, Freizeit- und Übernachtungsstätten ist uns ein großes Anliegen. In den

wenigsten Fällen werden solche Einrichtungen allerdings direkt vom Land betrieben. Deswegen können wir hier nur indirekt zu einer Lösung beitragen, nämlich über

- die Verdopplung der Mittel für die energetische Sanierung von Landesliegenschaften (Schulen, öffentliche Gebäude)
- Allgemeine Förderansätze für energetische Sanierung im Gebäudebestand
- Und natürlich über die oben schon genannte Klimamilliarde für Kommunen, die grundsätzlich auch gemeinnützige Infrastruktur unterstützen kann

- Wie positionieren sich die GRÜNEN Baden-Württemberg zur Novellierung des Freistellungsgesetzes im Sinne junger Engagierter?

Als Grüne Baden-Württemberg setzen wir uns für eine Novellierung des Freistellungsgesetzes ein, um junge Engagierte in ihrem ehrenamtlichen oder freiwilligen Engagement besser zu unterstützen. Ziel ist es, Freistellungen für Schülerinnen, Schüler, Auszubildende und Studierende zu erleichtern, bürokratische Hürden abzubauen, eine angemessene Anerkennung der geleisteten Zeit zu gewährleisten und bezahlte Freistellungen zu prüfen. So sollen junge Menschen ihr Engagement mit Schule, Ausbildung oder Studium vereinbaren können, ohne dass es zu Konflikten mit anderen Verpflichtungen kommt. Außerdem möchten wir das Gesetz durch Informationskampagnen bekannter machen.

#VisionJungesBW

- Wie beschreiben die GRÜNEN Baden-Württemberg ihre Vision eines jugendgerechten, klimagerechten und solidarischen Baden-Württembergs?

Unsere Vision ist ein Baden-Württemberg, in dem junge Menschen nicht nur gehört, sondern beteiligt werden. Mit verbindlichem Rederecht ihrer Gremien und klaren Rückmeldungen, was übernommen wurde. Jugendgerecht heißt: starke Jugendräume, verlässliche Schul- und Sozialarbeit, ernst genommene mentale Gesundheit. Klimagerecht heißt: Bus und Bahn im Takt, sichere Rad- und Fußwege, sanierte, kühle Gebäude und Orte, die auch im Sommer zum Bleiben einladen. Solidarisch heißt: faire Chancen, und das unabhängig von Geldbeutel, Herkunft oder Wohnort, in Stadt wie Land. Wenn Wege kürzer, Angebote verlässlicher und Mitbestimmung wirksam wird, sind wir auf Kurs.

- Welche jugendpolitischen Maßnahmen haben für die GRÜNEN dabei oberste Priorität?

In Baden-Württemberg setzen wir Grüne jugendpolitisch erstens auf den Ausbau und die Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit. Mit dem Masterplan Jugend werden Strukturen und Angebote der Jugendarbeit weiterentwickelt, der Landesjugendplan 2025/26 stellt u. a. dauerhaft Mittel für Jugendverbände, Jugendbildungs- und Jugenderholungsmaßnahmen bereit, und die Landesregierung finanziert die Schulsozialarbeit inzwischen mit jährlich fast 45 Mio. Euro.

Zweitens hat die Stärkung der Jugendbeteiligung für uns zentrale Priorität. Die Landesstrategie Kinder- und Jugendbeteiligung zielt darauf ab, Beteiligungsstrukturen systematisch auszubauen. Mit dem Landesjugendbeirat und Formaten wie dem Landesjugendforum BW gibt es feste Gremien, in denen junge Menschen die Landespolitik mitberaten und die Weiterentwicklung der Beteiligung aus ihrer Perspektive begleiten.

Drittens stehen konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen junger Menschen im Fokus - insbesondere bei Mobilität und Teilhabe. Mobilität soll, gerade für Ausbildung, Schule, Ehrenamt und Freiwilligendienste, dauerhaft bezahlbar bleiben. Über unsere Jugendprogramme fördern wir außerdem Projekte zu mentaler Gesundheit, Vielfalt und Partizipation; dazu zählen etwa „Vielfalt in Partizipation“ oder Angebote zur Stärkung der psychischen Gesundheit junger Menschen. Zusammen mit dem massiven Ausbau der Schulsozialarbeit und der mobilen Jugendarbeit sowie LSBTIQ-Beratungs- und Demokratieprojekten des Demokratiezentrums Baden-Württemberg ergibt sich ein klarer Schwerpunkt auf Prävention, Teilhabe und Schutz vor Diskriminierung.